

REINER ZILKENAT

Neues zum Antisemitismus – Zustände in Deutschland

Im April 2004 veranstaltete die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Auswärtigen Amt in Berlin eine Konferenz zum gegenwärtigen Antisemitismus. Dabei ging es neben seinen Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungsbedingungen vor allem um die Beantwortung der Frage, was zu seiner Bekämpfung sowohl von den politisch Verantwortlichen als auch von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen bereits getan wird sowie zukünftig unternommen werden sollte.

Welche Erfahrungen sind in den mittlerweile drei Jahren, die seit dieser Konferenz vergangen sind, in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in Deutschland gesammelt worden? Welche Projekte wurden auf den Weg gebracht? Existieren inzwischen neuartige Erscheinungsformen des Antisemitismus, die zugleich neuartige Methoden seiner Bekämpfung bedürfen?

Diese Fragestellungen standen im Mittelpunkt einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 11. Januar 2007 »Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in Deutschland – Eine Zwischenbilanz«, die Ergebnisse und Probleme des Kampfes gegen den Antisemitismus in Deutschland seit der Berliner OSZE-Konferenz erörtern sollte.

Das Impulsreferat hielt Frau Dr. *Juliane Wetzel* (Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin).

Sie hob einleitend hervor, dass sich die nach 1945 gehegte Hoffnung, es werde nach der Erfahrung der Shoah ein Ende des Antisemitismus geben, als realitätsfremd erwiesen habe. Dr. Wetzel nannte mehrere Charakteristika gegenwärtiger Judenfeindschaft in Deutschland: die Projektion der eigenen historischen Schuld auf die Juden; die Trivialisierung bzw. Verharmlosung des Holocaust; verschwörungstheoretische Auffassungen von einem dominierenden jüdischen Einfluss auf das Weltgeschehen; eine enge Nachbarschaft antizionistischer und antisemitischer Anschauungen.

Als besonders gravierend hob die Referentin das stetige Anwachsen des Antisemitismus in den europäischen Zuwanderungsgesellschaften hervor. Dieses Phänomen sei allzu lange von Politikern und von der Öffentlichkeit ignoriert worden. Dr. Wetzel hob in diesem Zusammenhang einige Besorgnis erregende Vorkommnisse aus muslimischen Gemeinschaften in Berlin hervor. Bei Demonstrationen anlässlich des Libanon-Krieges im vergangenen Jahr wurden, auch von Kindern, antisemitische Parolen skandiert. Auf türkischen Buchmessen seien nicht nur die »Protokolle der Weisen von Zion« und judenfeindliche Schriften von Henry Ford ausgestellt, sondern auch Veröffentlichungen von Holocaust-Leugnern offeriert worden. Zudem würden über das Internet sowie mit Hilfe des Satellitenfernsehens judenfeindliche und den Holocaust leugnende Aussagen des iranischen Staatspräsidenten in die muslimischen Gemeinschaften in aller Welt transportiert. Dabei ginge es darum, Hass gegen Israel zu säen bzw. zu verstärken, indem der jüdische Staat ausschließlich als Besatzungs- und Kolonialmacht charakterisiert wird.

Eine herausragende Rolle habe in diesem Zusammenhang der im Frühjahr 2006 erstmals gezeigte Film »Sarah's Blue Eyes« gespielt, in dem in hoch emotionalisierter Form eine »jüdische Weltverschwörung« bezüglich des internationalen Organhandels konstruiert werde. Dieser Streifen sei als Video in der muslimischen Welt, auch unter den Muslimen in Deutschland, weit verbreitet.

Mittlerweile existiere im Internet sogar ein »virtuelles Netzwerk« zwischen deutschen Rechtsextremen und Islamisten. Wegen der nach wie vor virulenten Vorbehalte von Neonazis gegenüber Muslimen sei es zwischen beiden Gruppierungen allerdings noch zu keinen engeren Kontakten gekommen. Dies könne sich womöglich nach der Konferenz der Holocaust-Leugner in Teheran, die im Dezember 2006 durchgeführt wurde und an der auch deutsche Antisemiten beteiligt waren, durchaus ändern.

Frau Dr. Wetzel wandte sich entschieden gegen die These, dass mit einer Beendigung des Nahost-Konflik-

tes, an dem aus der Sicht nicht weniger Deutscher angeblich Israel die Schuld trage, der Antisemitismus weitgehend verschwinden werde. Der Antisemitismus habe schließlich auch vor der Existenz des Staates Israel existiert. Sie konzidierte allerdings, dass die ungelösten Verhältnisse im Nahen Osten einen »Mobilisierungseffekt« für die Verbreitung des Antisemitismus darstellten.

Sehr informativ waren die von der Referentin dargestellten Versuche, auf europäischer Ebene ein von der OSZE initiiertes Netzwerk gegen den Antisemitismus zu schaffen. Dabei verschwieg sie nicht die Existenz von Tendenzen, die das Problem des Antisemitismus offenbar verharmlosen und relativieren möchten. Hierzu zählte sie auch Versuche, die Spezifik des Antisemitismus zu relativieren oder zu leugnen, indem er als Teil eines allgemeinen Problems des Umgangs mit Minderheiten verstanden werden solle. Immerhin gebe es aber inzwischen z.B. mit Prof. Dr. Gert Weisskirchen (SPD-MdB) und Botschafter Dr. Benedikt Haller (Auswärtiges Amt) Beauftragte der OSZE bzw. der Bundesregierung, die europäische wie deutsche Aktivitäten in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus koordinieren. Auch seien für den Schulunterricht Themenhefte zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus im Alltag erarbeitet worden. Dennoch: Frau Dr. Wetzel, die selbst aktiv in die entsprechenden Initiativen der OSZE eingebunden ist, ließ erkennen, dass hier in nicht wenigen europäischen Staaten noch erhebliche Defizite vorhanden sind.

Yves Pallade (wiss. Mitarbeiter des American Jewish Committee, Büro Berlin) sprach zum Thema: »Aktueller Antisemitismus – Bestandsaufnahme in Deutschland«. Er hob u.a. hervor, dass rechtsextreme Gruppierungen den von ihnen verbreiteten Antisemitismus zunehmend mit antikapitalistischen und anti-amerikanischen Inhalten anreichern. Dies komme dann in Parolen wie z.B. »Kein Blut für Israel« oder in der von ihnen verbreiteten, verschwörungstheoretischen Auffassung zum Ausdruck, denen zufolge die US-amerikanischen Bankiers »von der Ostküste«, bei denen es sich überwiegend um Juden handle, die Geschicke der Welt leiten und manipulieren würden. Ferner formulierte Yves Pallade die These, dass in jüngster Vergangenheit, besonders anlässlich der Auseinandersetzungen um den Libanon-Krieg, in Deutschland auch ein »linker Antisemitismus« sichtbar geworden sei.

Er führte als Beleg Aussagen in der Tageszeitung »Junge Welt« an, in denen zur Solidarität mit der Hisbollah aufgerufen wurde. Zugleich seien angeblich auch innerhalb der Linkspartei, im Rahmen der Debatten um die eigene Positionierung zu den kriegserischen Ereignissen im Libanon, antisemitische Topoi anzutreffen gewesen. Gleiches habe auch in der Berichterstattung großer überregionaler Tageszeitungen beobachtet werden können. Ohnehin sei seit einigen Jahren in Deutschland die Tendenz zu »Tabubrüchen« bezüglich des Anti-

semitismus zu registrieren. Hinsichtlich des Holocaust seien hier der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Hohmann (Juden als »Tätervolk«) und der Schriftsteller Martin Walser (»Auschwitzkeule«) zu nennen. Bezogen auf den Nahost-Konflikt hätten der verstorbene FDP-Politiker Jürgen Möllemann und der langjährige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in diese Richtung gewirkt.

Insgesamt, so Yves Pallade, treffe man in Deutschland Menschen mit einem geschlossenen antisemitischen Weltbild nur selten an, allerdings sei es immer häufiger der Fall, dass Versatzstücke judenfeindlicher Gesinnungen in die politische und öffentliche Debatte Eingang fänden.

Timo Reinfrank (Koordinator in der Amadeu Antonio Stiftung) gab einen informativen Überblick zu neuen Erscheinungsformen des Antisemitismus in Deutschland. Dazu gehöre vor allem, dass sich judenfeindliche Vorfälle in jüngster Zeit zunehmend »im öffentlichen Raum« abgespielt hätten. So würden inzwischen jährlich etwa 100 größer dimensionierte Schändungen von jüdischen Friedhöfen und von Synagogen registriert, überwiegend in den neuen Bundesländern. Als ein besonders widerwärtiges Beispiel für den gegenwärtigen Antisemitismus führte Timo Reinfrank die website der NPD an, auf der Vorschläge für Rundgänge von Hundebesitzern in Berlin zu finden seien: Sie führen jeweils entlang einer Route, die von »Stolpersteinen« für jüdische Opfer der Shoah gesäumt ist.

Es wurden aber auch positive Beispiele für lokale Projekte genannt, die der Erinnerung an die ermordeten Juden gewidmet sind. So wird im mecklenburgischen Hagenow von Jugendlichen der ehemalige jüdische Friedhof des Ortes wiederhergestellt. Recherchen der jungen Leute hätten ergeben, dass die Grabsteine als Türschwellen missbraucht worden seien.

Auch Timo Reinfrank hob hervor, dass sich in letzter Zeit in wachsendem Maße die Kritik an der Politik des Staates Israel antisemitischer Argumente bedient habe. Der Nahostkonflikt, so seine These, diene als Projektionsfläche für den Antisemitismus.

Thomas Heppener (Direktor des Anne-Frank-Zentrums in Berlin) berichtete über die Erfahrungen, die in der Arbeit mit Jugendlichen gewonnen worden sind. Zugleich informierte er, auch mit Hilfe eines im Anne-Frank-Zentrum entstandenen Videos, welche Methoden dabei angewandt werden.

Zunächst gelte bei der vom Zentrum konzipierten Wanderausstellung zur Biographie Anne Franks das Prinzip, dass jeweils Jugendliche aus dem betreffenden Ort, die sich freiwillig in den Schulen gemeldet haben, durch die Ausstellung führen (»Ausstellungsbegleiter«). Die Vorbereitung erfolgt in einem Seminar, das Mitarbeiter des Anne-Frank-Zentrums organisieren.

Im mecklenburgischen Grimmen ergab sich vor kurzem die makabre Situation, dass zur Vorbereitung acht junge Männer erschienen, die eine CD mit sich führten,

die gegen Anne Frank und die Authentizität ihres Tagebuchs gerichtet war. Diese CD wurde auch im Ort kostenlos verteilt. Selbstverständlich wurden diese »Interessenten« nach Hause geschickt. Trotz massiver Einschüchterungen erschienen mehrere junge Mädchen zum Seminar. Die Ausstellung selbst konnte jedoch nur unter Polizeischutz eröffnet werden.

Weithin bekannt geworden sind die Vorgänge in Pretzin, einem Dorf in Sachsen-Anhalt, in dem bei Gelegenheit eines Sommerfestes das Tagebuch der Anne Frank, aber auch eine US-amerikanische Fahne, in die Flammen geworfen wurden. Da die herbeigerufene Polizei das Tagebuch der Anne Frank nicht kannte, wurde zunächst nur wegen »Sachbeschädigung« ermittelt. Zeugen für diesen Vorfall seien nur schwer zu finden, da, wie im Dorf verbreitet wird, der Ruf des Ortes keinen Schaden nehmen dürfe.

Thomas Heppener erinnerte außerdem daran, dass in einem Nachbarort vor kurzem ein Schüler gewaltsam ein Schild mit dem Text umgehängt wurde: »Ich bin am Ort das größte Schwein und lass' mich nur mit Juden ein!« Immerhin habe die Landesregierung von Sachsen-Anhalt, durch diese Vorfälle veranlasst, mittlerweile ein Programm gegen den Rechtsextremismus aufgelegt.

Bei der Arbeit mit Jugendlichen wende das Anne-Frank-Zentrum die »biographische Methode« an. In einem Video stellen sich Schülerinnen und Schüler, jüdische und nichtjüdische, zunächst mit ihren Ansichten z.B. über ihre Hobbys, ihre Schule, zu Freunden und Eltern vor. Daraus ergebe sich eine weitgehende Identität mit dem Alltag, den Anschauungen und Problemen nichtjüdischer junger Leute. In einer zweiten Sequenz werden dann die spezifischen Lebensumstände von jüdischen Jugendlichen in Berlin deutlich: z.B. die Angst, angepöbelt oder verprügelt zu werden, nur weil man Jude ist.

Der Referent plädierte im übrigen für eine Vorgehensweise der »kleinen Schritte«, bei der das am Ende gewünschte Resultat sich nicht schon nach kurzer Zeit einstellen werde. Auch sei es nötig, im Rahmen einer »vorurteilsbewussten Pädagogik«, die bei vielen Jugendlichen vorhandenen Vorurteile gegenüber Juden als Ausgangspunkt der eigenen Bildungsarbeit zu begreifen. In diesem Zusammenhang werde demnächst auch eine Broschüre des Anne-Frank-Zentrums veröffentlicht, die »50 Fragen zum Antisemitismus« in einer für Jugendliche geeigneten Form beantworten werde.

In der anregenden und zum Teil kontrovers geführten Diskussion gab es zahlreiche Wortmeldungen. Einer der Schwerpunkte lag in der Fragestellung, wie eine legitime Kritik an der Politik Israels von antisemitisch geprägten Auffassungen über den jüdischen Staat unterschieden werden könne. Dabei wurde deutlich, dass hier in hohem Maße Sensibilität und Fingerspitzengefühl gefordert sind. Kritiker der israelischen Politik müssen sich darüber im klaren sein, dass es auch von ihrer Wort-

wahl und der gewählten Lautstärke abhängt, ob ihre Anschauungen von rechtsextremen »Trittbrettfahrern« in Anspruch genommen und in antisemitischer Weise interpretiert werden könnten. Und umgekehrt: Verteidiger der israelischen Politik sollten stets überprüfen, ob sie nicht – als wirkungsvolle Strategie der Diskussionsverweigerung – gelegentlich ungerechtfertigt Kritiker mit dem Adjektiv »antisemitisch« belegen.

Als Lackmus-Test empfiehlt sich dabei stets die Frage nach der Existenzberechtigung Israels in international garantierten, sicheren Grenzen. Hieran scheiden sich stets die Geister. Denn Antisemiten jeglicher Couleur und in unterschiedlichen Weltgegenden träumen nach wie vor davon, »die Juden ins Meer zu treiben«; manche von ihnen, darunter die Hisbollah und die Hamas, formulieren dieses Ziel in aller Offenheit.

In der Diskussion wurde dafür plädiert, bei Diskussionen und in der politischen Bildung den Charakter Israels als einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie deutlich hervorzuheben. Dies unterscheide Israel von allen arabischen Staaten. Deshalb war es möglich, dass z.B. Piloten der israelischen Luftstreitkräfte in den Medien ihre Weigerung bekannt machen konnten, zukünftig keine Angriffe mehr auf palästinensisches Gebiet zu fliegen. Deshalb existiert in Israel seit Jahrzehnten unübersehbar eine Friedensbewegung, die sich stets gegen die Auffassung von einer »militärischen Lösung« des Nahost-Konfliktes zugunsten Israels gewandt habe. Ähnliche Vorkommnisse z.B. in den diktatorischen Regimes in Syrien, Ägypten oder Libyen seien undenkbar.

In der Debatte wurde auch angemahnt, Juden nicht nur bzw. vorzugsweise aus einer Opferperspektive darzustellen. Es sei unzulässig, die jüdische Geschichte gleichsam als »gesetzmäßig« in die Shoah einmündenden Prozess zu interpretieren. Hervorzuheben seien die von Juden erbrachten humanitären, wissenschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen, die zum Erbe der gesamten Menschheit gehören. Im übrigen sei eine Historisierung des Antisemitismus unbedingt erforderlich, um seine Kontinuitäten und Wandlungen erfassen zu können.

Wie dringlich die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ist, sei abschließend damit belegt, dass am Vortage dieser Konferenz drei junge Leute, die in Frankfurt an der Oder den Gedenkstein zur Erinnerung an die Synagoge der Stadt geschändet hatten, vor Gericht standen. Genau so schlimm wie ihre Tat war ihr Auftreten vor Gericht: Sie bekannten sich zu der Schändung als antisemitische Überzeugungstäter. Der Jüngste von ihnen ist 16 Jahre alt.

So drängt sich am Ende leider die Schlussfolgerung auf, dass der Antisemitismus in Deutschland auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein Thema bleiben wird, das alle Demokraten – unabhängig von ihrer jeweiligen parteipolitischen oder weltanschaulichen Affinität – immer von neuem beschäftigen wird.

Die Antisemitismus-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung fand einen Monat nach einer ganz anders garteten Veranstaltung statt, die in der iranischen Hauptstadt Teheran im Dezember 2006 durchgeführt wurde.

Die vom iranischen Präsidenten *Mahmud Ahmadinedschad* seit Monaten wiederholte Behauptung, dass die Gründung Israels nicht legitim gewesen sei und dieser Staat deshalb keinerlei Existenzberechtigung habe, rief und ruft weltweit Kritik, zumeist scharfe Ablehnung, hervor.

Nunmehr hat der Iran sein im Januar 2006 angekündigtes Vorhaben verwirklicht, eine »Holocaust-Konferenz« durchzuführen – am 11. und 12. Dezember 2006 fand sie in der iranischen Hauptstadt statt.

Das Konferenz-Projekt war im Iran selbst umstritten. Der frühere Präsident des Landes, *Mohammed Chatami*, der heute eine NGO zur Förderung des Dialogs zwischen verschiedenen Kulturen und Religionen repräsentiert, betonte: »Wir sollten wissen, dass eines der Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus das Massaker an unschuldigen Menschen war, und unter diesen war ganz sicher eine große Anzahl Juden.« Im gleichen Zusammenhang stellte er auch fest: »Aber diese historische Tatsache ist von Israel mit Blick auf die unterdrückte palästinensische Nation missbraucht worden.« Am 12. Dezember 2006 erklärte er: »Selbst wenn nur ein einziger Jude ermordet worden wäre, müssten wir das verurteilen.«

Der iranische Intellektuelle *Mashallah Shamselvaezin*, Herausgeber der inzwischen verbotenen Tageszeitung »Jameh« warf den Veranstaltern der »Holocaust-Konferenz« vor, den Koran nicht richtig studiert zu haben. »Sonst hätten sie wissen müssen, dass unser heiliges Buch bereits den Mord an einem Einzelnen einem Mörder gleichsetzt.«

Die »Holocaust-Konferenz« stieß international auf scharfe Kritik. Auch in Deutschland wurde ihre Durchführung von der Bundesregierung, von Vertretern aller demokratischer Parteien sowie von zahlreichen NGOs als durchsichtiges Propagandamanöver zurückgewiesen, das weder wissenschaftlichen Neuwert habe noch bei der politischen Lösung der Konflikte im nahen und mittleren Osten konstruktiv beizutragen vermochte.

Die Wortwahl in den deutschen und internationalen Medien zur Bewertung der so genannten Holocaust-Konferenz hat eine eindeutige Tendenz und erreichte eine erstaunliche Vielfalt: »verabscheuungswürdig«, »unerträglich«, »provokativ«, »billige Propagandafarce«, »schockierend«, »iranische Provokation«, »Perversion«.

In ungewöhnlicher Schärfe äußerte sich der einzige jüdische Abgeordnete im iranischen Parlament Maurice Motamed. Die Konferenz sei eine »Beleidigung« für die Juden im Iran – und weltweit.

Die Bundeszentrale für politische Bildung führte am 11. Dezember 2006 in Berlin eine internationale Kon-

ferenz durch »Der Holocaust im transnationalen Gedächtnis«. Weltweit bekannte Wissenschaftler wie *Raul Hilberg* (USA), Politiker, Journalisten und zahlreiche Leiter von Projekten zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in Deutschland waren sich in ihrer Beurteilung und strikten Ablehnung der Teheraner Veranstaltung einig.

Bei den deutschen Rechtsextremisten aller Richtungen fand die Teheraner Konferenz hingegen eine positive Unterstützung. Beispielsweise gab die Landtagsfraktion der NPD vor einigen Tagen dem Holocaustleugner *Bernd Rabehl* bei einer Anhörung im Schweriner Landtag die Gelegenheit, seine Positionen ausführlich darzustellen.

Die vom Verfassungsschutz in Bund und Ländern jedes Jahr erneut dokumentierte Beobachtung, dass Rechtsextreme gern ihren Antisemitismus hinter »ehrlichem« Antiamerikanismus und prinzipieller Kritik an der Politik der israelischen Regierung verstecken, erhält mit der Teheraner Veranstaltung und den wiederholten Drohungen und Verleumdungen des iranischen Präsidenten gegenüber Israel Auftrieb und Ansporn.

Linke (in Deutschland, in Israel und anderswo) sind in der Pflicht, bei ihrer USA- und Israel-Kritik jegliche scheinbare Übereinstimmung mit rechtsextremistischen Ansichten zu vermeiden. Die Bestreitung des Existenzrechts Israels wie eine Holocaust-Leugnung sind mit linken Positionen unvereinbar. Aber auch hier liegen die Fallstricke im Detail der täglichen, um Differenzierung wie Eindeutigkeit bemühten politischen Auseinandersetzung.

Dr. Reiner Zilkenat ist Historiker (Dahlwitz-Hoppegarten).

Einige Publikationen der RLS zum Thema Rechtsextremismus

Klaus Kinner, Rolf Richter (Hrsg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen
ISBN 3-320-02015-3, 295 S., 14,90 €

Peter Bathke, Susanne Spindler (Hrsg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien
ISBN 3-320-02086-2, 225 S., 14,90 €

Norbert Schepers: Einen Nerv getroffen. Debatten zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in den neunziger Jahren in Deutschland
ISBN: 3-320-02951-7, 108 S., 9,90 €

Horst Helas, Dagmar Rubisch (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien
ISBN: 3-320-02909-6, 135 S., 9,90 €

Roland Bach: »Volksfront« von rechts? (Standpunkte 3/2005)

Horst Helas: Rechtsextreme in der Mitte der deutschen Gesellschaft (Standpunkte 2/2006)

Horst Helas: Was nun? Was tun! Wahlerfolge von Rechtsextremisten. Informationen und Vorschläge für Gegenstrategien (Standpunkte 8/2006)